

Liselotte Funcke fordert begrenzte Einwanderungsquote

Migrationsinstitut an der Universität Osnabrück eröffnet

Die Festsetzung einer „begrenzten Einwanderungsquote“ für Deutschland, beschleunigte Asylverfahren, die Einrichtung vorläufiger Sammellager für Asylsuchende und verstärkte Hilfe für die Entwicklungsländer hat die ehemalige Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke, am Freitag in Osnabrück gefordert. Die aus Protest wegen mangelnder Unterstützung aus dem Amt geschiedene Politikerin sagte bei der Eröffnung des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) an der Universität Osnabrück, an der Eskalation der Gewalt gegen Ausländer seien nicht allein die Täter schuld, sondern auch Bevölkerung und „Politiker, die die Fragen der Integration und der Zuwanderung über viele Jahre nicht sehen und nicht behandeln wollten und mit Worten wie Asylmißbrauch, Überflutung und Ausländerkriminalität die Emotionen anheizen . . .“

Das Institut, daß die Probleme der europäischen und außereuropäischen Massenzuwanderungen sowie alle damit zusammenhängenden Fragen zum Forschungsgegenstand hat, kann, so hofft Frau Funcke, den Politikern begründete und verständliche Entscheidungshilfen anbieten.

Der ehemalige Botschafter Italiens in Bonn, Staatsrat Prof. Dr. Luigi Vittorio Ferraris, warnte bei der Institutseröffnung davor, Asyl- und Einwanderungsprobleme „auf die Schiene Europa“ abzuschieben. Die Konflikte wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Art, die mit dem Migrationsbewegungen verbun-

den sind, trügen zunächst nationale Züge und bedürften unterschiedlicher Lösungsvorschläge in den verschiedenen Ländern.

Politik und Gesellschaft müßten, betonte der Leiter des neuen Instituts, der Historiker Prof. Dr. Klaus J. Bade, endlich begreifen und anerkennen, daß Deutschland

„sich in einer normalen, aber von besonderen Problemen strukturierten Einwanderungssituation befindet“. Diese Tatsache nicht nur hinzunehmen, sondern Einwanderung als einen für die Bevölkerungsentwicklung zukünftig in den EG-Ländern unverzichtbaren Faktor auch zu wollen, hält Frau Funcke für unabdingbar. Staatsrat Ferraris warnte schließlich vor der Gewalt gegen Ausländer, die „sich zum Krebs ausgewachsen kann“.

(Wir werden über die Aufgaben des Migrations-Instituts noch ausführlich berichten.) **ZI**



LISELOTTE FUNCKE im Gespräch mit Staatsrat Ferraris (rechts) und Prof. Bade.

Fotos: Klaus Lindemann